

Iran Heute

Nr. 7/2024

Newsletter und Analyse über die aktuelle Situation im Iran,
die politische Opposition und die Zukunft

Erstellt von: Parteibüro der Iran Novin Partei
Kontakt: diplomacy@irannovin.party

حزب ایران نوین

I. Internationale Beziehungen

Die schreckliche Vision der Islamischen Republik

Der Terror der Geiseldiplomatie

Die Schattenbanken der Revolutionsgarden

II. Ereignistafel

Iran Juni 2024

Mit Iran Heute stellt die Iran Novin Partei eine Zusammenfassung relevanter Ereignisse im Iran in deutscher Sprache zur Verfügung. Die vorliegenden Texte basieren auf Beobachtungen der gesellschaftlichen, politischen sowie wirtschaftlichen Realitäten.

Impressum:

Hrsg.: Iran Novin Partei

Autoren: Dariusch Omidi*, Jasmin Blanc Bärtsch Firooznia

Redaktion: Büro für Internationale Beziehungen

*Aus Sicherheitsgründen verwenden wir ein Pseudonym. Der Autor ist der Redaktion bekannt.

Iran Novin Partei

Paris

Email: contact@irannovin.party

Website: <https://irannovin.party>

Die schreckliche Vision der Islamischen Republik

Kanada hat am 20.6.2024 die Islamischen Revolutionsgarden, welche auf englisch Islamic Revolution Guards Corps (IRGC) heissen, offiziell als Terrororganisation eingestuft. Dies ist ein sehr wichtiger Schritt, um das kriminelle Regime im Iran zur Rechenschaft zu ziehen und die demokratische Bewegung des iranischen Volkes weiter zu fördern. Wir sind den kanadischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie der Regierung sehr dankbar dafür. Denn dieser Schritt demoralisiert die Revolutionsgarden einmal mehr und schwächt sie.

Im folgenden Text werden Ausschnitte aus der Publikation „Die IRGC ist kein Organ eines Nationalstaates, sondern eine terroristische Organisation“ der Iran No-vin Partei verwendet, welche auch auf der Website aufgeschaltet ist. Diese Publikation stellt Vision und Ziele der IRGC sehr deutlich dar.

Im April 1979 entschied der religiöse Führer Khomeini, die Armee zu erhalten und von den Generälen des Schahs Mohammad Reza Pahlavi zu «säubern». Parallel zur Armee schuf er eine zweite bewaffnete Kraft. Sie sollte die islamische Revolution schützen und wurde bezeichnenderweise «Islamische Revolutionsgarde» genannt.

In der Präambel der Verfassung der Islamischen Republik heißt es: «Bei der Bildung und Ausrüstung der Verteidigungskräfte des Landes ist dem Glauben und der Ideologie als grundlegende Kriterien besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dementsprechend müssen die Armee der Islamischen Republik und die Islamischen Revolutionsgarden in Übereinstimmung mit diesem Ziel organisiert werden und sind nicht nur für die Sicherung und Aufrechterhaltung der Landesgrenzen, sondern auch für die ideologische Mission des Jihad im Namen Gottes verantwortlich. Das heißt, die Souveränität des Gesetzes Gottes in die ganze Welt

zu tragen.»

Das Symbol der IRGC mit den Umrissen einer Weltkugel zur Kennzeichnung ihrer globalen Mission ist unter den staatlichen bewaffneten Streitkräften nirgends zu finden. Dies ist selbst bei bewaffneten, gewalttätigen und politischen Gruppen selten. Einige als terroristisch eingestufte Organisationen, die eine enge Verbindung zur IRGC haben, tragen ähnliche Logos.

Auch die strukturelle Komplexität der IRGC zugerechneten Streitkräfte ist auffallend im Vergleich mit allen anderen Nationalstaaten. Ausser Libyen und dem Islamischen Staat (IS) verfügt kein anderer amtierender Staat über parallele und getrennte Land-, Luft- und Seestreitkräfte.

In der Verfassung der Islamischen Republik wird klar zwischen der Islamischen Republik und der Islamischen Revolution unterschieden. Zusammenfassend beschreibt der religiöse Führer die islamische Revolution in fünf Phasen in denen diese sich ausbreitet und weiterentwickelt.

- Sturz des Unterdrückers
- Konstitution eines islamischen Systems gemäss der Islamischen Republik
- Errichtung eines islamischen Staates auf der Grundlage der islamischen Verfassungsvorschriften
- Sicherstellen, dass die Gesellschaft eine islamische Gesellschaft wird
- Bildung einer einzigen globalen, muslimische Supernation „eine islamische Umma“

In weiteren Äußerungen zum IRGC und seiner Quds-Truppe erklärt der oberste religiöse Führer: “Wir werden nicht ankündigen, dass wir Militärationen durchführen und uns in die Angelegenheiten anderer

einmischen, aber wir kündigen an, dass die organisierten, erfahrenen und revolutionäre Kraft der ersten Nation, die aus der islamischen Revolution hervorgegangen ist, definitiv Verantwortung für die bewaffneten Zellen der Partei Gottes, überall auf der Welt hat.“

Der Führer der islamischen Revolution betrachtet die Islamische Republik Iran als die erste Nation, die durch die islamischen Revolution mit dem Ziel aufgebaut wurde, alle Unterdrückten der Welt zu befreien und eine einzige globale Supernation oder wie es in der Verfassung heisst, „eine einzige Umma“ zu schaffen.

Die Worte des Führers der islamischen Revolution und des Oberhauptes der Islamischen Republik lassen keine Zweifel über die Ziele aufkommen. Die Welt und seine Bürgerinnen und Bürger sollen islamisiert werden. Diese Grössenphantasien sollte man ernst nehmen und ihnen einen deutlichen Riegel schieben. Im Iran selber sieht man mit welchem Zwang und welcher Gewalt das umgesetzt wird. Wir meinen, dass auch Europa jetzt dem Beispiel Amerikas und Kanadas folgen und die Revolutionsgarden als terroristische Organisation einstufen sollte.

Der Terror der Geiseldiplomatie

Am 04. November 1979, nur wenige Monate nach der islamischen Machtübernahme im Iran, stürmten deren Anhänger die amerikanische Botschaft in Teheran und nahmen 52 amerikanische Diplomaten als Geisel. Das Ziel war es, Druck auf die Vereinigten Staaten auszuüben, damit diese den schwerkranken Schah Mohammad Reza Pahlavi ausliefern und die eingefrorenen Gelder freigeben. 444 Tage später, am 19. Januar 1981, konnte mit Hilfe algerischer Vermittlung ein iranisch-amerikanisches Abkommen zur Geiselfreilassung, die Algiers Accords, abgeschlossen werden. Am Tag der Vereidigung von US-Präsident Ronald Reagan, wurden die 52 Gefangenen im Gegenzug zur Freigabe des iranischen Vermögens am 20. Januar 1981 freigelassen und über Athen und Frankfurt in ihre Heimat zurück geflogen. Ayatollah Chomeinis Kommentar zur Beendigung der Geiselnahme: „Jetzt brauchen wir sie nicht mehr.“

Die islamische Republik erhielt einen Tag später, am 21. Januar 1981, über algerische Treuhandkonten bei der Bank of England, das zuvor eingefrorene Geld in Höhe von fast acht Milliarden US-Dollar.

Das Regime lernte sehr schnell, welchen Stellenwert menschliches Leben in Demokratien hat und das sich mit Erpressung viel Geld verdienen lässt. So wurde aus einer Geiselnahme ein sehr lukratives Geschäftsmodell für die Machthaber. Seither werden immer wieder westliche Staatsbürger, sowie Bürger und Bürgerinnen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft, vom iranischen Regime unter fadenscheinigen Anschuldigungen in Geiselhaft genommen. Ein Regierungsbeamter prahlte vor ein paar Monaten ganz offen und unverhohlen im staatlichen Fernsehen, dass es tausende ausländische StaatsbürgerInnen in Kerkern der Islamischen Republik gibt und diese nach Belieben für eigene Zwecke eingesetzt werden können.

Am 25. Juli 2020 war Jamshid Sharmand, ein Un-

ternehmer ansässig in Deutschland und im Besitz der deutschen, sowie amerikanischen Staatsbürgerschaft, auf einer Geschäftsreise von Deutschland nach Indien unterwegs. Bei einem Zwischenstopp in Dubai, wurde er dort vom islamischen Geheimdienst gekidnappt und in den Iran verschleppt. Seine Spur verlor sich und erst nach einem Monat war er im iranischen Fernsehen mit einem Zwangsgeständnis zusehen. Es folgte ein Todesurteil in einem Scheinverfahren, dass mittlerweile durch den kontinuierlichen internationalen Druck in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt wurde. Dies ist nur eine Geisel von vielen.

Laurent Floderus, ein schwedischer Staatsbürger und EU-Diplomat, war am 17. April 2022 am Flughafen in Teheran festgenommen worden, als er von einer Privatreise mit Freunden nach Hause zurückkehren wollte. Angeklagt wegen Spionage, erwartete ihn ein hartes Urteil. Mit Laurent Floderus, waren noch zwei weitere schwedische Staatsbürger in Gefängnissen der islamischen Republik als Geiseln eingesperrt.

Zwei von ihnen hat die neue schwedische Regierung nun im Austausch von H. Nouri aus der Geiselhaft befreit. Dieser wurde am 13. Juli 2022 vor einem Stockholmer Gericht, nach langer Verhandlung und Aussagen vieler Zeugen, an der Mitbeteiligung der Massenhinrichtungen 1988 im Iran für schuldig befunden und zu lebenslanger Haft verurteilt. Erstmals in der Geschichte, gelang es der iranischen Diaspora mit zu helfen, dass ein Scherke des Regimes für seine Gräueltaten rechtskräftig auf europäischen Boden zur Verantwortung gezogen werden konnte. Nun hat Schweden ihn gegen Laurent Floederus und Saeed Azizi, einem schwedischen-iranischen Doppelbürger ausgetauscht.

Es ist selbstverständlich, dass eine demokratische Regierung bemüht ist, seine zu Unrecht als Geiseln in-

haftierten Staatsbürger zu befreien. In diesem speziellen Fall aber ist die Empörung gross, da viel Aufwand betrieben wurde, einen Verbrecher mit strafrechtlichen Mitteln vor ein europäisches Gericht zu bringen.

Es ist bedenklich, dass das Spiel der Geiseldiplomatie weiterhin funktioniert und das Regime in Teheran sich jedesmal die Hände reibt.

Dies war mit den US-amerikanischen Geiseln im September 2023 nicht anders. Für die Freilassung von fünf US-Staatsbürgern, hat die US-Regierung unter Präsident Biden sechs Milliarden Dollar eingefrorener Gelder frei gemacht. Für einen Staat, dessen Unterdrückungsmaschinerie und Eroberungsphantasien viel Geld kosten und dessen Wirtschaft am Boden liegt, ist das viel Geld. Die Beteuerungen seitens der USA, dass diese freigewordenen Gelder nur zu humanitären Zwecken vom islamischen Regime verwendet werden dürfen, lassen einem die Haare zu Berge stehen, wissen wir doch alle, dass die Islamische Republik das Wort human noch nicht einmal buchstabieren kann.

Zwei Wochen vor den Präsidentschaftswahlen im Iran, wollte das Regime also der demokratischen Welt, allen voran der iranischen Diaspora, den Stempel der Stärke aufdrücken. Und H. Nouri, den für Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilten Regimeschergen austauschen und ins Land zurück holen.

Wir nehmen dies zur Kenntnis und setzen unseren Weg zur Befreiung unserer Heimat von dieser islamischen Diktatur unbeirrt fort, kennen wir Iranerinnen und Iraner doch die Spielchen des Regimes nur zu gut. Es wäre ein grosser Schritt, wenn Europa diesem Unrechtsregime deutlich mehr Konsequenzen entgegengesetzt. Es wäre ein Schritt in die richtige Richtung, mit einer einheitlichen europäischen Strategie dem

Erpressungsterror der Islamischen Republik, ein für alle Mal den Riegel zu schieben. Und in diesem Fall würde dieses lukrative Geschäft für alle anderen islamistischen Terrorgruppen auch nicht mehr als Vorlage dienen.

Deutlicher als zuvor, gilt für alle Iranerinnen und Iraner mit doppelter Staatsbürgerschaft, eine Reise ins Land zwingend zu vermeiden. Und für alle Weltensbummler sei die Warnung erlaubt, dass jetzt wirklich nicht der richtige Zeitpunkt ist, Land und Leute kennen zu lernen.

Die Schattenbanken der Revolutionsgarden

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) ist eine Behörde des US-Finanzministeriums, verantwortlich für Umsetzung der Wirtschafts- und Handelssanktionen auf der Grundlage der US-Aussenpolitik und nationaler Sicherheitsziele.

Am 25. Juni 2024 hat die OFAC ein gross angelegtes, weltweites Netzwerk für Geldwäsche der islamischen Revolutionsgarden sanktioniert. Darunter sind 50 Personen und Scheinunternehmen in der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten, China, Russland und in Hongkong. In der Islamischen Republik sind hier massgeblich die Sepah Bank und die Iran Hekmat Bank zu nennen. Beide Banken sind eng an die Revolutionsgarden gebunden und es ist bekannt, dass sie schon sehr früh bemüht waren, über dieses weltweite Netzwerk von Schattenbanken der Revolutionsgarden, zugunsten der Streitkräfte der islamischen Republik Gelder reinzuwaschen. So wurden zum Beispiel über die türkische Firma „Goldener Stern“ über die Jahre mehrere Millionen Dollar an das Verteidigungsministerium der islamischen Republik überwiesen.

Dieses System der Geldwäsche ist bekannterweise eine der finanziellen Säulen der Revolutionsgarden. So werden nicht nur die Sanktionen umgangen, sondern Gelder für ihre Aussen- wie auch Inneneinsätze mitfinanziert. Dass die islamischen Revolutionsgarden seit vielen Jahren Geldwäsche über internationale Banken betreiben und damit die Qods Brigaden, Hamas, Hisbollah und andere finanzieren, sich aber auch selbst bereichern, ist ebenfalls bekannt.

Die Frage, warum ausgerechnet jetzt von den Vereinigten Staaten diese Sanktionen verhängt werden, beantwortet das Wall Street Journal in einem im Juni erschienen Artikel damit, dass die US-Regierung unter Präsident Biden, vor den US-Wahlen im November, die

Öl- und Treibstoffpreise niedrig halten will.

Im Oktober 2017 kam es in Slowenien zu einem grossen Skandal und Aufschrei, der einem politischen Erdbeben glich. Nach Hinweisen von slowenischen Oppositionsparteien wurden Ermittlungen gegen die grösste staatliche Bank Sloweniens, die Nova Ljubljanska Bank (NLB) aufgenommen. Diese ergaben, dass die Bank zwischen 2008 und 2010 nahezu eine Milliarde Euro aus iranischen Quellen gewaschen hatte und so nicht nur gegen das Iran Embargo, sondern auch gegen Gesetze der Terrorfinanzierung verstossen hatte. So berichteten slowenische Medien, dass täglich 40-50 Transaktionen von der NLB zu insgesamt mehr als 30'000 Bankkonten weltweit getätigt wurden.

Die Verbindungen zur Islamischen Republik und den Revolutionsgarden war schnell herausgefunden. Denn im Mittelpunkt dieses Skandals der NLB stand ein Name: Iraj Farrokhzadeh, ein britisch-iranischer Staatsbürger, der bei der NLB im Dezember 2008 im Namen der Firma Farrokh Ltd. ein Konto eröffnete, nachdem die Schweizerischen Behörden seine Konten bei der UBS geschlossen hatten.

Farrokhzadeh hat Gelder für die Export Development Bank of Iran (EDBI) bewegt und stand deswegen bereits zu diesem Zeitpunkt auf der schwarzen Liste des Europarates. Die EDBI unterhält Verbindungen zu Scheinfirmen des iranischen Verteidigungsministeriums, sowie den Revolutionsgarden und ist beteiligt an der Bereitstellung von Finanzdienstleistungen für die proliferationsrelevanten Programme der islamischen Republik. Diese beinhalten die Herstellung und Beschaffung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen sowie die dafür erforderlichen Produktionsmittel.

Interessanterweise stand Farrokhzadeh zum Zeitpunkt der Kontoeröffnung in Slowenien auf der Fahndungsliste von Interpool. Im Dezember 2010 ordnete die slowenische Nationalbank ein Ende der Transaktionen an. Farrokhzadeh hatte da aber schon seine Aktivitäten auf russische Bankkonten verschoben.

Die Revolutionswächter und das Regime haben viele dieser Farrokhzadehs in Europa und weltweit platziert. Sie unterlaufen damit nicht nur die Sanktionen, sondern nehmen auch auf höchster Ebene Einfluss auf Politik und Wirtschaft. Das betrifft das Nuklearprogramm, die Terrorfinanzierung, aber auch die Unterstützung des Regimes.

Die Revolutionsgarden gehören auf die Terrorliste in Europa, damit ihnen unter anderem, dieser lukrative Wirtschaftszweig «das Umgehen der Sanktionen» deutlich erschwert wird.

Iran Juni 2024

01. Juni

Die Revolutionsgarden bestätigen Waffenlieferungen an die Huthi Rebellen im Yemen.

04. Juni

Al-Shaab Miliz im Irak, von den Revolutionsgarden aufgebaut und unterstützt, beschiesst Israel.

05. Juni

Die internationale Atombehörde fordert sofortige Klärung der offenen Fragen zum Atomprogramm der Islamischen Republik.

05. Juni

Islamische Republik droht Israel mit Vergeltung, nachdem ein weiteres Mitglied der Revolutionsgarden in Syrien durch die israelische Armee getötet wurde.

09. Juni

Im Zagrosgebirge/ Provinz Lorestan brechen verheerende Waldbrände aus.

11. Juni

Demonstrationen vom Pflegepersonal und Lehrern in mehreren iranischen Städten.

12. Juni

Demonstrationen von Rentnern in mehreren iranischen Städten.

14. Juni

Die Führung in Teheran lässt laut IAEA weitere Zentrifugen in den Atomanlagen Natans und Fordo installieren.

15. Juni

Die Schwedische Regierung gibt bekannt, dass Johan Floderus, EU Diplomat und schwedischer Staatsbürger, sowie Said Azizi, schwedischer-iranischer Doppelbürger im Austausch mit Hamid Nouri, verurteilt in Schweden zu lebenslanger Haft wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wieder in Schweden sind.

17. Juni

Zunahme der Sittenpolizei auf Irans Strassen mit vermehrten Inhaftierungen von Frauen.

18. Juni

Festnahme von 23 Rentnern in Teheran, die friedlich für ihre Rechte demonstrierten. Seit langem wird vom Regime das Pensionssalär nur unregelmässig ausgezahlt.

18. Juni

Das kanadische Parlament beschliesst 31 Richter und Staatsanwälte der islamischen Republik auf die Sanktionsliste zu setzen.

19. Juni

Kanada nimmt die Islamischen Revolutionsgarden offiziell in die Terrorliste auf. Gleichzeitig bittet die kanadische Regierung, alle kanadischen Staatsbürger im Iran, umgehend das Land zu verlassen.

19. Juni

Weltweites Gedenken der iranischen Diaspora, sowie auch im Iran an Neda Agha Soltan, einer jungen iranischen Studentin, die 2009 auf einer friedlichen Demonstration gegen den gewählten Präsidenten Ahmadinejad, durch einen gezielten Kopfschuss eines Revolutionsgardisten getötet wurde.

20. Juni

Ausbreitung der verheerenden Waldbrände im Zagrosgebirge / Westiran. Viele Hektar Waldfläche und viele Tiere sind den Bränden bisher zum Opfer gefallen. Staatliche Hilfe gibt es bisher nicht. Die Menschen versuchen verzweifelt mit einfachen Mitteln, die Brände zu löschen. Die ortsansässige Umweltbehörde wird zunehmend kritisiert.

20. Juni

Javaid Rehman, Sonderberichterstatter der UN für Menschenrechte, bezeichnet die Massenhinrichtungen in den späten 80iger Jahren im Iran zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

21. Juni

Der Sprecher der islamischen Regierung bezeichnet die Terrorlistung der Revolutionsgarde in Kanada, als ein Geschenk an Israel.

28. Juni

Wahl des 14. Staatspräsidenten für die Nachfolge von Raisi nach dessen Tod.. Die Wahlbeteiligung ist historisch niedrig. Die Mehrheit der Bevölkerung sagt damit klar Nein zur Islamischen Republik. Weltweit protestieren Iranerinnen und Iraner vor den Botschaften, Konsulaten sowie Wahllokalen der Islamischen Republik und riefen zum Boykott der Wahlen auf. Die Wahlbeteiligung lag nach Aussagen eines Parlamentsabgeordneten in Teheran unter 40%. Das Regime hatte mit einer Wahlbeteiligung von über 60% gerechnet.

29. Juni

Die offiziellen Zahlen der Wahlbeteiligung liegen bei 39%. Mathematiker der Universität Teheran fanden schnell heraus, dass die Ergebnisse manipuliert waren, da offensichtlich alle Ergebnisse, auch die ungültigen Stimmen, mit 3 multipliziert worden sind. Das offizielle Endergebnis ist statisch gesehen höchst unwahrscheinlich und beträgt somit inoffiziell nur 13%.

30. Juni

Am 5. Juli 2024 kommt es zur Stichwahl zwischen den beiden Khameini Getreuen Djalili und Pezeshkian. Letzterer wird vehement von den «Reformern» unterstützt.